

Fraktion  
Rüsselsheim



**DIE LINKE**  
**Liste**  
**SÖLIDARITÄT**

Rüsselsheim, 18. Februar 2018

Büro der Stadtverordnetenversammlung  
z.Hd. Frau Breunig  
Marktplatz 4  
65428 Rüsselsheim

### HH Begleitantrag: Zweitwohnungssteuer

Die Fraktionen SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und Die Linke/ Liste Solidarität stellen folgenden Antrag:

'Der Magistrat legt der Stadtverordnetenversammlung ein Konzept vor zur möglichen Einführung einer Zweitwohnungssteuer in Rüsselsheim. Der erforderliche Aufwand (Personal, Software etc.) wird detailliert dargestellt und die zu erwartenden Effekte kalkuliert und vorgelegt.

Es wird geprüft, ob und gegebenenfalls wie interkommunal zusammengearbeitet werden kann.

### Begründung:

Zur Verbesserung der Einnahmen und zur Minderung der Wohnungsnot kann sich die Einführung dieser Steuer anbieten, die auch in umliegenden Gemeinden inzwischen genutzt wird. Ein weiterer zu erwartender Effekt könnte die Steigerung der Ummeldezahlen auf Erstwohnsitze sein, die steuerlich vorteilhaft für Rüsselsheim wäre. Dem gegenüber stehen Kosten der Erhebung, die genau beziffert werden müssen, um vor einer möglichen Einführung der Zweitwohnungssteuer eine Kosten-Nutzen-Abwägung vornehmen zu können.

Sanaa Boukayeo  
SPD-Fraktionsvorsitzende

Maria Schmitz-Henkes  
Fraktionsvorsitzende  
Bündnis 90/Die Grünen

Karl-Heinz  
Schneckenberger  
Fraktionsvorsitzender  
Die Linke/Liste Solidarität